

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montag zur Nachmittags 5 Uhr. Bestellungen werden in der Expedition (Geborgasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., anwärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Bestellte zahlen an: in Berlin: A. Reitmeier, Kurfürststraße 50,
in Leipzig: Heinrich Höhner, in Altona: Hausekeln u. Vogler,
in Hamburg: J. Lüthius und J. Schuberg.

Danziger Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allerhöchst geruht: Dem Ober-Tribunals-Rath Johann Wilhelm Gad zu Berlin den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 4. Juni. Die heutige "Times" sagt, die Hochzeit der Prinzess Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen werde am 1. Juli zu Osborne gefeiert werden. — Said Pascha ist in London angekommen.

London, 3. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses sagte Palmerston, daß das von Walpole gestellte Amendment die Frage wegen Herabsetzung der Ausgaben zu einer Vertrauensfrage für das Ministerium verändere und die sofortige Discussion desselben erforderne. Disraeli blieb dabei, daß die nationalen Vertheidigungsmittel vollständig seien und daß kein Grund vorhanden sei, die nationalen Ausgaben auf der jetzigen Höhe zu erhalten. Stanfield schlägt sein Amendment vor, die Herabsetzung der öffentlichen Ausgabenfordernd. Palmerston proponierte sein Amendment und blieb dabei, daß dasselbe eine Vertrauensfrage sei. Bei der Abstimmung waren für das Amendment Stanfield 65, gegen dasselbe 367 Stimmen; die Regierung blieb daher mit 302 Stimmen in Majorität. Nachdem Walpole sein Amendment zurückgezogen, wurde über das Amendment Palmerston abgestimmt und dasselbe angenommen.

Wien, 4. Juni. In der heutigen Sitzung des Oberhauses wurde das Finanzgesetz wegen Deckung des Deficits im Jahre 1862 angenommen.

Im Unterhause wurde die Beschlusssfassung in Betreff der Steuererhöhung bis nach vollendetem Budgetberatung ausgezögert.

Triest, 4. Juni. Der fällige Ploydampfer ist mit der Überlandpost aus Alexandrien eingetroffen.

Bern, 4. Juni. Der Deputirte Mühlheim stellte im Berner großen Rathen den Antrag, die Regierung einzuladen, daß sie alle erforderlichen Schritte zur Gewinnung der eidgenössischen Hochschule für Bern einleiten möge.

Bern, 4. Juni. Durch den Grossrath sind in die neue Regierung zu Bern gewählt worden: die bisherigen Mitglieder Schent, Meiss, Schers, Weber, Kärtner, Seilhan und Kurs; neu gewählt wurden Carlén und Karrer. Durch die Wahl wird das bisherige System überwiegend befeitigt.

Turin, 3. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wurde ein Schreiben Garibaldi's verlesen, welches Erläuterungen über die Vorfälle von Sarnico gab, die Absicht, die Grenzen zu überschreiten gehabt zu haben, leugnete und sein politisches Programm entwickelte. Ratazzi bezog sich in seiner Erwiderung auf das Programm des Ministeriums und erntete lebhafte Beifall.

Turin, 3. Juni. Bei der fortgesetzten Debatte in der Deputiertenkammer hält Crispini die Meinung aufrecht, die Regierung habe davon gewußt, daß das Ziel der Expedition jenseits des Meeres gewesen und daß dieselbe Waffen und Geld dazu versprochen habe. Ratazzi leugnete dies und sagte: Wenn die Regierung Kenntniß von der Expedition gehabt hätte, würde sie jeden Versuch dazu verhindert haben, weil durch denselben die Gesellschaft und die internationalen Beziehungen compromittirt werden könnten. D'epretis erklärte, die Initiative zur Bewaffnung stehe der Regierung zu. Die Discussion wird morgen fortgesetzt werden.

Ratazzi legte eine Gesetzesvorlage über Associationen vor.

Adressdebatte.

8. Sitzung des Hauses der Abgeord. am 4. Juni.

Der Budrang des Publikums zu den Tribünen ist außerordentlich stark. Von früh 8 Uhr an ist der Zugang des Hauses von einer großen Menschenmenge wie belagert, und lange nach Beginn der Sitzung warten draußen Hunderte vergebens auf den Eintritt.

Präsident Grabow. Am Ministertische die sämmtlichen Minister außer dem Prinzen von Hohenlohe.

Der Adress-Entwurf der Commission ist bekannt; der Vincke'sche Gegenentwurf ist bereits von den Zeitungen veröffentlicht; das linke Centrum hat ein die äußere Politik betreffendes Amendment eingeführt, nach Alinea 6 (Ausbau der Verfassung und verfassungsmäßige Beseitigung des dagegen vom Herrenhause gerichteten Widerstandes, folgenden Zusatz zuzufügen: „Es (das preußische Volk) erkennt nach Außen eine kräftige und vorwärtschreitende Politik, welche Ew. Majestät erhabende Erklärung vom 9. Nov. 1858: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall bereit ist, das Recht zu schützen,“ in vollem Umfange verwirklicht: es begreift also in Wiederholung seiner früher ausgesprochenen Ueberzeugung, daß mit allen Mitteln auf die Herstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen, insbesondere auf eine sofortige Berufung der hessischen Volksvertretung auf Grund der Verfassung vom 5. Jan. 1831, den in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Änderungen, und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849 hingewirkt — daß damit unser eigener Rechtszustand gesichert und die Ehre und die Interessen Preußens als europäischer Großmacht gewahrt werden.“ Da gegen den Vincke'schen Gegenentwurf sich die beiden vorgeschrittenen liberalen Fraktionen des Hauses erklären, so ist dessen Berwerfung und die Annahme des Commissions-Antrages mit dem Amendment v. Sybel, für welches auch die deutsche Fortschrittspartei sich entschieden hat, als gewiß anzunehmen.

Es wird zuerst die Frage zur Verhandlung gestellt, ob überhaupt eine Adresse zu erlassen sei.

Referent Zweiten. Auch in der Commission ist ausführlich erörtert worden, ob man den Erlass einer Adresse dem Hause empfehlen solle und man hat sich für eine Adresse entschlossen, wegen der ungewöhnlichen, in der Geschichte constitutioneller Staaten unerhörten Lage der gegenwärtigen Verhältnisse. Das vorige Abgeordneten-Haus war unter einem Ministerium aufgelöst worden, dessen innere Unhaltbarkeit ein öffentliches Geheimnis gewesen; nur der Cultusminister war damals gegen die Auflösung; die übrigen Minister aber der Überzeugung, daß sie die Achtung der „Wohldenden“ befassen und deshalb Berufung an das Vertrauen des Landes einlegen müssten. Das Ministerium zerfiel und es wurde nun die Vertheidigung des Königthums vorangestellt, eine Fluth von Anklagen gegen die Mehrheit des aufgelösten Hauses ergossen. Auch wir berufen uns auf das Vertrauen, nicht der Wohldenkenden, denn alle Parteien des Landes sind wohldenkend (Bravo!), sondern des ganzen Landes. Wir sprechen den Glauben aus, unsere Pflicht gethan zu haben, und das Land hat durch Wiederwahl der Majorität des Hauses, dadurch, daß es keinen der Minister einen Platz im Hause angewiesen, und überhaupt kaum zwölf Ministerielle in das Haus gewählt hat, mit lautem Ja geantwortet. Unter diesen Umständen erscheint es unmöglich, stumm an die Arbeit zu gehen.

Gegen die von den Organen der Regierung und der reactionären Partei ausgehenden Angriffe ist es nothwendig, ein Wort auf feierliche Weise auszusprechen; wir sind es schuldig, dem Könige die Wahrheit auszusprechen, die Anschuldigungen als unbegründet zurückzuweisen. Der Ruf: „Nieder mit den Demokraten!“ erging, und unter Demokraten wurde jeder Missliebige und Oppositionelle verstanden, die Demokraten insgesamt für Feinde des Königthums und des Vaterlandes erklärt. Die Opposition gegen die Regierung steht auf streng verfassungsmäßigen Boden, und das Ausland verwundert sich daher mit Recht darüber, daß die Regierung eine parlamentarische Opposition mit so vieler Unhöflichkeit behandle. Aus diesen Gründen sind wir veranlaßt, Zeugnis abzulegen für den Patriotismus und die Königstreue des ganzen Volkes. Überdies aber werden wir in dieser Session keine Gelegenheit haben, unsere Ueberzeugung hinsichtlich der allgemeinen politischen Verhältnisse des Landes auszusprechen, und ewig verlange auch das ganze Land nach einer Adresse. — Man sagt wohl, was wir in dem Adressentwurf ausgesprochen, sei ein Eingriff in die Rechte der Majestät, es sei eine demokratische Unverschämtheit — so hat man's neulich genannt — Kritik an der Regierung zu üben und dem Ministerium ein Misstrauensvotum zu geben. Dagegen aber ist geltend zu machen, daß wir, wenn auch mit Mängelung, aber doch als ehrliche Männer sprechen müssen. Wenn endlich eine Adresse als unglos und entbehrlich bezeichnet wird, die nur Berührungen herbeiführen könnte, so ist diese Befürchtung unbegründet. Die Sprache unserer Adresse kann nicht reizen oder erbittern, der Erfolg freilich steht nicht in unserer Macht. (Bravo!)

Abg. Waldeck, gegen eine Adresse, will im Vorraus constatiren, daß das Ministerium aus dieser zwiespältigen Meinung keinen Schluss ziehe darauf, daß etwa die Einmündigkeit der liberalen Partei in Frage gestellt sei (Bravo!). — Ich würde gegen die Adresse nichts eingewendet haben, wenn nur der Entwurf der Commission vorlänge. Eine sogenannte Antwort-Adresse will das Land nicht, da in der Eröffnungsrede nicht der König, sondern seine Regierung zu uns gesprochen hat. Diesem Ministerium gegenüber aber ist überhaupt keine Veranlassung zu einer Adresse da. Durch den Vinckeschen Entwurf und durch das Sybelsche Amendment wegen der turkeischen Frage werden wir, fürchte ich, von dem Ziele, das die Einigkeit der liberalen Partei verfolgt, abgelenkt. Solche Fragen in die Adresse hineinzutragen, würde nur Gelegenheit zu abstracten Reden geben. Das Land wünscht eine solche Adresse nicht. Es wäre auch Alles verloren, wenn wir in diesem Hause die Wahrheit verbüllen wollten, wenn wir durch Phrasen die Wirklichkeit überlügen. Ich gestehe, daß ich diese Debatte fürchte, weil darunter der großartige Eindruck der Kundgebung des Landes leiden könnte, und ich constative daher wiederholt im Vorraus, daß, wie auch der Beschluss ausfallen möge, eine Störung in der Einmündigkeit der entschieden liberalen Parteien nicht eingetreten ist (Bravo!).

Die Rede Ihres Berichtstatters würde schon, wenn Sie keine Adresse beschlossen, eine Adresse sein, und die goldenen Worte, die Ihr Präsident bei Amtseinführung gesprochen, in welchen er den in das Land geschickteren Gegensatz von Königthum und Parlament in so würdiger Weise zurückgewiesen, sind in einem besseren Lapidarstyle gehalten, als die uns vorgelegten beiden Adressentwürfe (lebhafte allseitiges Bravo!). Hat unser verehrter Präsident dafür Angriffe erfahren, nun, so greichen ihm dieselben zur höchsten Ehre (wiederholtes Bravo!). Die Adresse soll eine Antwort auf die Wahlerfasse enthalten. In dieser Frage steht das Ministerium uns gegenüber, den Vertretern des Volks — in unsre, in die Prätrogative der Wähler hat es dadurch eingegriffen, und wir werden Gelegenheit haben, durch Interpellationen und bestimmte Anträge die Frage zum Austrag zu bringen. Was verlangt aber das Land? Dazwischen uns auszusprechen über die brennenden Fragen der Session. Diese aber sind zunächst der Ausbau der Verfassung. Unsere Meinung darüber, das Streben der liberalen Partei in dieser Beziehung, wird durch die vielfach initiativen Thätigkeit des letzten Abgeordnetenhauses bezeichnet. Die Adresse wird nicht Gelegenheit bieten, unsere Meinung darüber erschöpfend und klar auszusprechen. Entschieden die Hauptfrage, die uns beschäftigt, ist die Militärfrage. In dieser

aber müssen wir vor allen Dingen ganz offen mit der Sprache herauskommen und nicht um den heißen Brei herumgehen. Wir müssen sie nicht bloß von der finanziellen, sondern und zwar ganz besonders auch von der politischen Seite in Erwägung ziehen, und so lange wir in dieser Beziehung nicht die Absichten der Regierung genau kennen, so lange können wir darüber auch nicht die geringste Aeußerung thun, mag auch die Meinung der Einzelnen bereits feststehen. Die Bevölkerung der auswärtigen Frage hat bereits aus gewichtigen Gründen die Commission abgelehnt. — Die Nothwendigkeit einer Adresse scheint mir demnach nicht dargethan, auch werde ich daher zunächst gegen eine solche stimmen (Bravo!).

Abg. v. Gottberg: Für eine Adresse in seinem Sinne würde er gern gestimmt haben. Aber in dem vorgelegten Entwurf handelt es sich um ein Misstrauensvotum; darauf kann er nicht eingehen. Bis jetzt hätten die Adressdebatten die Leidenschaften aufgerichtet, viel Zeit weggenommen und dem Lande viel Geld kostet. (Heiterkeit links.) Auch er halte die Lage des Landes für bedenklich, freilich in anderem Sinne als seine Gegner. Seine Adresse würde also anders lauten. (Fast allgemeines Gelächter.) Sie würde den König aufmerksam machen auf den Geist der Revolution, der durch Europa gehe, auf den Geist des Widerstandes gegen die Autorität, auf den Geist der Nichtachtung der Autorität der legitimen Fürsten. (Heftiger Widerspruch links.) Das habe er gesagt und dabei bleibe er stehen. Unter diesen Umständen würde seine Adresse von der Regierung eine feste und konsequente Stellung verlangen. Preußen sei groß geworden durch die Hohenzollern, sei groß durch die Festigkeit in Erhaltung des monarchischen Princips. Für eine solche Adresse sei die Majorität allerdings zweifelhaft. (Heiterkeit.) Nun, er habe so gut das Recht, im Namen des Landes zu sprechen wie jeder andere, (Bravo links) und es gebe eine große Partei im Lande, die seine Adresse unterschreiben würde. Seiner Ansicht nach müßten in der Adresse auch die materiellen Interessen, die Handelsverträge und die kriegerische Frage berührt werden; sie würden eine Verständigung, eine Versöhnung versuchen; das sei die Hauptache, da die Krone und Landesvertretung zusammen das Land darstellen. Sonst sei die Adresse eine Partei-Adresse, sie schildere nicht die Lage des Landes, sondern einer Partei.

Die Fortschritts-Partei scheine jetzt zu fühlen, daß man im Volke eine fortwährende Opposition gegen die Regierung nicht zusammenreimen könne mit fortwährenden Versicherungen von Liebe und Treue gegen den König, daß man vielleicht befürge, die Männer von 1848 hielten auch jetzt noch an ihren Standpunkten fest — Standpunkten, die darauf hinausgingen, die Rechte des Volks auf Kosten der Rechte der Krone zu erhöhen. (Oh! links.) Das Streben nach parlamentarischer Regierung habe das Ministerium allerdings der Fortschrittspartei vorgeworfen, und zwar mit Recht. (Präsident bittet den Redner, sich an die Sache zu halten, ob eine Adresse überhaupt zu erlassen sei.) Es habe große Schwierigkeiten, die Frage, ob eine Adresse zu erlassen sei, von dem Gegenstand der Frage selbst zu trennen. Und gerade aus den Wahlerfassen habe man ja die Nothwendigkeit einer Adresse deducirt. (Die Unruhe, gemischt mit Heiterkeit, steigt.) Der Präsident scheint den Redner nochmals auf den Gegenstand der Discussion aufmerksam zu machen; dann sei es wohl besser, wenn er seinen Vortrag abbreche. Der Redner verläßt die Tribüne. Bravo links und Heiterkeit.)

Abg. Löwe (Herford). Ich betrete diese Tribüne zum ersten Mal, um einem ausdrücklich dahingehenden Auftrage meiner Wähler nachzutun. Mein Wahlbezirk ist vorzugsweise von einem selbstständigen Bauernstande bewohnt; wir tragen das stolze Bewußtsein in uns, daß wir es trotz vielfacher Bedrückung niemals an treuer Hingabe zum Vaterlande haben fehlen lassen. Aus unserem Schoße ist noch niemals ein Vertritt an König und Vaterland hervorgegangen (Bravo). Uns steht es deshalb wohl zu, ein offenes Wort an den König zu richten, jetzt wo der innere Feind des Landes sich regt, der selbe Feind, der im Jahre 1806 unser theures Vaterland in unabsehbares Unglück gebracht hat (Bravo). Unter großer Unruhe des Hauses motiviert der Redner den Erlass einer Adresse. Mehrmals von dem Präsidenten durch den Ruf: „zur Sache“ unterbrochen, verläßt derselbe die Tribüne.

Abg. Dr. Libelt: Gegen die Adresse, da er und seine Parteigenossen dem deutschen Stamm nicht angehören, da sie, als Vertreter der jüngsten preußischen Provinzen, sich nicht eins fühlen könnten mit den nationalen Erinnerungen und Interessen, welche erhebend im Volke wirken. Ihr nächster Beruf sei nur an die Verträge immer und immer wieder zu mahnen, welche die Rechte des Großherzogthums verbürgen, und darauf allein sei jede Abstimmung seiner Partei gerichtet.

Abg. v. Hennig (Strasburg) für die Adresse: Das Haus habe, wenn es eine Adresse beschließe, dabei nicht dem Beispiel ausserdeutschen Staaten zu folgen, weder die Paraphrasierung der Thronrede, wie sie in Frankreich Sitte, noch die Höflichkeitsform, als die man in England die Adresse herstellt, seien für uns maßgebend. Das sei auch schon früher in diesem Hause anerkannt worden, man habe sich dahin geeinigt, daß nur bei außerordentlichen Anlässen das Haus zum Erlass einer Adresse zu schreiten habe. Ein solcher Anlaß liege jetzt vor in den Wahlerfassen und in der daraus fließenden Furcht, das Ministerium möge gleich irgende Ansichten über das Haus, wie es in diesen Erlassen vor dem Lande ausgesprochen, auch S. Majestät dem Könige unterbreiten. Der Redner geht hierauf zu Bemerkungen über die Rede des Abg. v. Gottberg über. Die Fortschrittspartei, sagt er, habe keine Führer, man dürfe also auch aus der Vergangenheit der Ein-

zeln den keine Verpflichtung der gesamten Partei herleiten. Es seinerseits wolle die Minister nur nach ihren Thaten beurtheilen, und solche seien die Wahlerlässe. Nun wäre ein solches Vorgehen allerdings nicht, nur daß diejenigen Minister nicht, wie einst Herr v. Westphalen, auf dem Sinne jener Aktion stände beständen, sondern ihn jetzt nach Möglichkeit in Abrede stellen. (Sur Sache! zur Sache! von der Rechten. Der Präsident macht dem Redner eine darauf bezügliche Vorhaltung.) Der Redner schließt mit wiederholter Empfehlung der Adresse. Seine Majestät der König habe gewünscht, den Rath der Landesvertretung zu hören, es sei ihre Pflicht, in voller Aufrichtigkeit denselben zu geben!

Abg. Österreich gegen Erlass einer Adresse, der Commissionsentwurf steht mit sich selbst in Widerspruch, indem er neben Loyalitätsversicherungen und Anerkennung der Prärogative der Krone über diese Prärogative in einer Weise spreche, die eben so wenig zu billigen sei, wie die Art, in der man sich über das Herrenhaus ausgelassen. — Auch Abg. Pfützner spricht gegen eine Adresse, weil dieselbe nicht, wie anfänglich gehofft wurde, der Ausdruck der gesammten liberalen Partei des Hauses sei. — Mit sehr großer Majorität wird hierauf die Frage, ob eine Adresse zu erlassen sei, bejaht.

Der Präsident thießt hierauf mit, daß zu dem Commissionsantrag verschiedene Amendements eingebrochen seien, außer der v. Vinck's und v. Sybel's, eines von dem Abg. Reichenberger und Gen., in Alinea 2 einen Passus einzuführen, welcher das Verlangen des preuß. Volkes nach einem über den Parteien stehenden Königsthum aus eigenem Recht und nach allmäßiger Ausbildung der Verfassung ausspricht, und endlich ein Amendement der Abg. Bresgen und Gen., welches im Alinea 6 des Verlangens nach einer Gemeinde- und Kreisordnung, so wie nach Ermäßigung der bestehenden Steuerlast Erwähnung thut. Sämtliche Amendements werden ausreichend unterstützt. —

Bor dem Eintritt in die Spezial-Discussion erhebt sich der Finanzminister v. d. Heydt, um im Namen des Staatsministeriums eine Erklärung zu verlesen, deren Inhalt wir bereits in der telegraphischen Depesche der heutigen Morgennummer auszugsweise mitgetheilt haben. In der nächsten Nummer werden wir diese Erklärung wörtlich geben. Die Verlesung wird wiederholt von Ausbrüchen der Verwunderung, z. B. bei der Versicherung, daß den Beamten die Wahl freiheit nicht verklummt worden sei, unterbrochen: am Schlusse folgt von einigen Mitgliedern der conservativen Partei ein Bravo.

Abg. Zweiten segt die Gründe auseinander, aus denen die Commission sich überhaupt für eine Adresse und zwar nicht für den Sybelschen Entwurf, sondern für Aufstellung eines neuen entschlossen hat. Zwei Punkte habe die Commission ausführlich behandelt zu müssen geglaubt. Der erste sei der Hagen'sche Antrag und der betreffende Satz wolle das Recht der Landesvertretung auf die beliebige Einrichtung des Staats wahren. Er mache dem früheren Finanzminister einen schweren Vorwurf daran, dieses Recht bekämpft zu haben, und einen eben so schweren, daß er dabei sich den Ansichten der Herren v. Bismarck-Schönhausen und Kleist-Reckow anschlossen, daß das Budget weiter gelte, wenn keine Einigung zwischen der Regierung und der Landesvertretung gelungen sei, was eigentlich die Einigung überhaupt unnötig machen würde. Dr. v. Patow habe dieser Ansicht sogar eine factische Grundlage durch seine Einwilligung in die Auflösung ohne vorherige Zustimmung einer auch nur provisorischen Bewilligung des Budgets gegeben. Eine Anerkennung der sonst freudig begrüßten größeren Spezialisierung und der zeitigen Vorlegung des Budgets für das Jahr 1863 bei dieser Gelegenheit auszusprechen, ist nicht für angemessen gehalten worden. — Der Redner geht sodann auf die kurhessische Frage über, deren Rüterwähnung er rechtfertigt. Nicht blos, weil die Frage eine schwierige, sondern weil ihre Erwähnung nuglos sei, sei dies beschlossen worden. Man müsse allerdings anerkennen, daß diese Frage durch das energische Einschreiten Preußens wieder in Gang und der hohe Bundestag zu einer nicht gewöhnlichen Eile veranlaßt worden sei. Eine Anerkennung aber auszusprechen, sei schon deshalb nicht thunlich, weil weder in formeller noch in materieller Hinsicht die Stellung der Regierung klar sei. Auf der einen Seite gehe sie mit Österreich zusammen und mit dem Bundestage, auf der andern erstrebe sie eine selbstständige Action. Zwischen diesen beiden Beziehungen besthebt aber ein unlösbarer Widerspruch. Noch entscheidender sei aber die materielle Lage der Sache. Die Erklärung des Regierungs-Commissars drehe sich im Zirkel, wenn sie die Forderung des Wahlgesetzes von 1849 abhängig mache von der Zustimmung des hessischen Volkes, da diese eben nur hervorgehe aus einer auf Grundlage des Wahlgesetzes von 1849 gewählten Kammer. Ferner verlange die Regierung die vorherige Ausscheidung anerkannt bundeswidriger Bestimmungen, obgleich sie anderseits an der Erklärung von 1859 festhalten zu wollen erklärt, daß der Bundestag nicht berechtigt sei, die Verfassung oder einzelne Bestimmungen derselben zu cassieren.

Der richtige Standpunkt ist der, daß nur auf verfassungsmäßigen Wege darüber entschieden werden könne, was auszuscheiden sei oder nicht, ohne Mitwirkung des Bundestages. Auf diese Weise würde keine deutsche Verfassung sicher sein. Wichtiger aber noch als der Rechtspunkt sei die politische Bedeutung der Frage. Er selbst habe es früher für nicht unbedenklich gehalten, auf der Forderung des Wahlgesetzes von 1849 zu bestehen, ohne die Gesinnung des hessischen Volkes in dieser Beziehung genau zu kennen. Seit dieser Zeit sei ihm aber von hervorragenden Theilnehmern der dortigen Verfassungskämpfe versichert worden, daß das hessische Volk an dem Wahlgesetze von 1849 als der einzigen Grundlage einer rechtlichen Position unerschütterlich festhalte. Wenn also die preußische Regierung nicht vorher einschritte, dann würden die Kurhessen zwar auf Grund des Wahlgesetzes von 1831 wählen, aber nur um eine neue Kompetenzklärung herbeizuführen. Die Frage würde dann immer eine schwierige sein und eine neue Niederlage der preußischen Politik befunden: ein Aulauf ohne Erfolg. Eine Wiederholung der früheren Wünsche sei mit Rücksicht auf das vorhandene Misstrauen in den Erfolg um so weniger für nötig erachtet worden, weil man voraussehen könne, daß dieses Haus, das in seiner Majorität wiedergekehrt sei, den selben Wünsche noch hegte für das hessische Volk, die es im Februar ausgesprochen. Es sei überhaupt ein Ausspruch bei dieser auswärtigen Angelegenheit sehr mißlich, da man nicht wissen könne, was die Regierung in den nächsten 8 Tagen thun werde. Im Namen seiner politischen Freunde könne er übrigens erklären, daß sie keine Gelegenheit verabsäumen würden, für das Recht des hessischen Volkes, sei es durch Interpellationen, sei es durch bestimmte politische Anträge einzutreten, wenn irgend ein

Nutzen davon zu hoffen sei würde. Noch unthunlicher aber sei es gewesen, der deutschen Politik zu erwähnen. Nur in der freiheitlichen Entwicklung liege auch die einheitliche Entwicklung Deutschlands (Bravo!) Bei der gegenwärtigen inneren Politik Preußens, die nur partikularistischen Feinden der preußischen Hegemonie Freude bereite, könne ein Erfolg von einer solchen Erwähnung nicht erwartet werden. Es genüge nicht blos die gewöhnliche Geschäftsroutine zum Staatsmann; etwas Großes werde nicht mit bloßen Phrasen gewonnen. Um ein wirklicher Staatsmann zu sein und Erfolge davon zu tragen, müsse man etwas Demagogisches an sich haben, wie der Minister Stein, wie noch in jüngster Zeit Cavour, (Gelächter bei den Katholiken), müsse man auf großartige Ideen bei den Völkern einzugehen wissen. Unter den gegenwärtigen Umständen sei es am Besten, von moralischen Eroberungen Preußens in Deutschland zu schweigen. (Bravo!) (Der Redner beleuchtet nunmehr die einzelnen Sätze des Commissions-Entwurfs.)

Der Redner geht darauf auf den Passus hinsichtlich der Wahlerlässe ein und liest längere, fortwährend durch Zitate unterbrochene Stellen aus den bekannten Erlassen des Ministers, der Regierung zu Königsberg und den Artikeln der Sternzeitung vor, um der Rede des Finanzministers gegenüber nachzuweisen, daß in der That von der Staats-Regierung eine ungehörige Beeinflussung auf die Wahl, ein verfassungswidriger Druck auf die Beamten geübt und der Name des Königs ungehörig in die Wahlbewegung hineingezogen worden sei. Das officielle Organ habe zwar gesagt, man sollte die Minister nicht nach vorgefassten Meinungen, sondern nach ihren Maßregeln beurtheilen. Nun, die Wahlerlässe seien keine vorgefasste Meinung, sie seien eine Maßregel und zwar eine der wichtigsten Art. Eine solche Kriegserklärung, wie diese gegen die Majorität des Hauses enthielten, bezeichneten die Stellung des Ministeriums nicht blos, sondern stellten sie fest für alle Zeit.

Macht und Größe der Völker, schließt der Referent, sind nicht mehr auf demselben Wege wie früher. Eine ideale, aber darum nicht minder mächtige Strömung bewegt sie. Nicht phantastische Hirngespinste verfolgen die liberalen Parteien, sondern festbegrenzte Ziele, die andere Völker bereits erreicht haben und wir, wie ich mit Gewissheit hoffe, auch erreichen werden. Durch Alles dieses aber rechtfertigt sich auch die Form der Adresse, die nicht dem gewöhnlichen constitutionellen Brauche folgt, aber durch den Zweck, den sie verfolgt, geboten ist. Ich halte es für dringend geboten, daß die liberalen Parteien mit Einmuthigkeit der Adresse zustimmen und eine so große Majorität ihr zu Theil werde, wie sie der großen Majorität der Wähler entspricht, die uns hergesendet. (Lebhafte Bravo.)

Abg. v. Vincke (Stargardt) erkennt an, daß die Commission und besonders der Referent den ursprünglich dem Hause vorgelegten Entwurf wesentlich verbessert hat. Allein ich glaube, daß dem Bedürfniß der Versöhnung der Parteien nicht die geringste Rechnung getragen worden ist. Gehe ich näher auf den vorgelegten Entwurf ein, so zeigt derselbe ein eigenthümliches Bouquet. Das Gefühl der Loyalität, die Hingabe zu dem Könige ist ein Gefühl, welches wir mit der Muttermilch eingefangen haben. Daß dieses Gefühl in der Adresse Ausdruck gefunden hat, kann nur gerechtfertigt gefunden werden, einmal, weil wir zu sprechen haben als die Vertreter des Landes und ferner im Divotia aus die unglückliche Wahlerlässe. Allein die Loyalität einmal ausgesprochen, daß muß vollständig genügen, die häufigen Wiederholungen sind überflüssig. Die Adresse verwahrt sich gegen Gefahren im Lande; ich habe nicht gehört, daß irgend im Lande von Gefahren die Rede gewesen ist, und eine Verwahrung dagegen würde nur eine entgegengesetzte Auslegung herbeiführen. Man könnte leicht auf den Gedanken kommen, als ob die Loyalitäts-Versicherungen nur Blumen seien, um darunter die Dornen zu verbergen, welche die Adresse enthält. Dieselbe gerät auch mir sich in Widerspruch, denn der Rath zur Entlastung der Minister ist ein Eingriff in die Prärogative der Krone (Widerspruch). — Nachdem der Redner einzelne Stellen des Entwurfs der Commission critisiert, fährt er fort: Ich gehöre nicht zu den Bewunderern und Verehrern der jüngsten Regierung; wenn ich mir die einzelnen Herren anschaue, so gehören drei von ihnen dem vorigen Ministerium an. Von einer Sympathie für diese kann von meiner Seite gewiß keine Rede sein. Nehmen wir die anderen Herren, so haben zwei von ihnen überhaupt keine politische Vergangenheit, und die anderen haben im Herrenhause und hier im Hause der entschiedensten Reaction angehört, welche dem Ministerium Manteuffel-Westphalen zur Seite stand, einem Ministerium, dem meine Freunde und ich stets in Opposition gegenüber gestanden, und ich vermag deshalb nicht einzusehen, wie wir für diese Minister Sympathien haben sollten (Heiterkeit). Man soll die Personen jedoch nicht nach ihrer Vergangenheit beurtheilen, und wir wissen ja, daß die Minister die liberalen Vorsätze haben (Heiterkeit). Man kann also nur noch die Wahlerlässe der Beurtheilung zum Grunde legen, und diese sind allerdings noch mehr als ein Vergehen, sie sind ein politischer Fehler (Beifall), denn Ledermann bezweckt mit seiner Handlung einen Erfolg, und wir haben erlebt, daß die Wahlerlässe gerade den entgegengesetzten Erfolg gehabt haben, den sie haben sollten (Heiterkeit). Ein eben solcher politischer Fehler, das will ich hier offen aussprechen, war auch der Hagen'sche Antrag, denn dieser hatte auch nicht den beabsichtigten Erfolg, indem er die liberalen Minister aus dem Ministerium entfernte, aber für einen Eingriff in die Rechte des Königs halte ich ihn nicht. Daß der Minister in seinem Wahlerlaß nicht die Mehrheit dieses Hauses, sondern eine andere Partei gemeint hat, das wird ihm Niemand glauben. (Heiterkeit.) Wir können eine einzelne Handlung in der Adresse beispielhaft, aber wir haben nicht das Recht darauf hin ein Urtheil für immer zu fällen. Wir haben uns nur einmal in einer Lage befunden, wo die Handlungen der Regierung die Egitalenz des Staates gefährdeten; dies war nach den bekannten Conventionen von Olmütz. Da haben wir allerdings auch eine Adresse vorgeschlagen und in dieser das Verfahren der Regierung in seiner ganzen Schwach charakterisiert und dabei haben wir an des Königs Majestät die Bitte gerichtet, die Minister zu entlassen. Die Adresse damals sprach dies mit dünnen Worten aus. Wenn dies nun auch der Sinn der vorliegenden Adresse sein soll, so sollte sie es auch offen aussprechen. Die Commission und der Referent haben aber selbst gefühlt, daß die Veranlassung keine so große ist und deshalb haben sie es nicht direkt ausgesprochen. Die Adresse sagt, daß in der Erfurth und Treue gegen die Monarchie keine Provinz hinter der andern zurückstehe ic. Das möchte ich bestrei-

ten, denn ich darf dabei nur auf das Großherzogthum Posen hinweisen. Dann ist behauptet worden, es wäre den Beamten die freie Beteiligung an den Wahlen verübt. Das ist auch nicht richtig; nur die Theilnahme an der Agitation hat sich der Minister verbeten. Das eine solche Agitation für Beamte zu weit gehen kann, das werden wir nicht bestreiten können. Ich will von den Kreisrichtern abschren und denke mir vielleicht einen Ministerialrat, einen Ministerial-Director, der bei der Wahl auftreten und sagen würde: ich halte einen Minister für unfähig und für einen unverberblichen Reactionair, und am folgenden Tage soll dieser Beamte dem Minister Vortrag halten. Ich glaube, dabei ist ein geordnetes Verhältnis nicht möglich.

Wenn aber die sogenannte Fortschrittspartei im Hause zuwächst erhalten hat, so ist daran wohl nur der Passus in dem Wahlerlaß schuld, der die Beamten zum Stillschweigen verurtheilt. — Es ist dann von einem ungefährlichen Druck gesprochen worden, der geübt ist; aus dem Wahlerlaß kann man das nicht herauslesen, denn es ist ausdrücklich an die Spitze desselben gesetzt worden, daß auf die Freiheit der Wahlen in keiner Weise eingewirkt werden solle. Dann ist gesagt worden, daß das Volk anarchistischer Umsturzgeist verächtigt worden sei; ich frage den Herrn Referenten: wer hat das gethan? Endlich ist von einem Übergriff der Kirche die Rede. Von einem solchen gegen den Staat ist mir nichts bekannt. Ich kann mir wohl denken, daß eine untergeordnete Persönlichkeit, ein Pastor, sich eines ungeeigneten Benehmens oder einzelner Übergriffe schuldig gemacht hat; in der Commission ist besonders auf die Predigt im Dom vor der Eröffnung des Landtages Bezug genommen. Dieser einzelne Geistliche kann wohl im Criminalverfahren wegen Beleidigung des Parlaments, oder auf dem Wege der Disciplinaruntersuchung zur Verantwortung gezogen werden, allein ich würde es der Würde des Hauses nicht angemessen finden, wenn man aus dem vereinzelten Auftreten irgend eines unbedeutenden Individuums (Heiterkeit) Veranlassung nehmen wollte, darauf in einer Adresse an Se. Majestät den König Rücksicht zu nehmen. (Beifall.)

Ein ferner großer Vorwurf scheint mir gegen die Adresse zu sein, daß sie nichts zur Beantwortung der Eröffnungsrede euthält. Wir können diese unmöglich mit Stillschweigen übergehen; wir verlegen durch solche Unterlassung die dem König schuldige Achtung. Die vielen Juristen unter Ihnen werden Ihnen sagen, ob der Mandatar nicht die Person seines Mandanten vollständig vertritt. Auf die huldvollen Worte des Königs müssen wir eingehen, sonst verlegen wir die Seiner Majestät schuldige Erfurth. In der Commission, und ein Mitglied für Berlin wird dies wohl noch näher darlegen, hat man noch einen andern Grund für diese Adresse geltend gemacht: man will mit diesen Ministern gar nichts zu thun haben. Sie wollen nicht eingreifen in die Prärogative der Krone; die Aenderung der Regierung kann aber nicht empfindlicher gesfordert werden, als gerade in dieser Form. Sie müssen doch dem Könige sagen, welche Politik verfolgt werden soll, sonst kann der König gar nicht wissen, in wieweit seine Minister mit dem Hause im Einlaß oder im Widerspruch stehen. Endlich, glaube ich, ist ein solches Verfahren des Hauses, als eines großen Staatslörpers, unwürdig. Die Adresse ist kein Dialog zwischen dem König und dem Hause; sie durchdringt das Vaterland und findet ihren Widerhall durch ganz Europa! (Ruf rechts; sehr wahr!) Wie würde es im In- und Ausland verstanden werden, wenn das preußische Abgeordnetenhaus über die wichtigsten Fragen sich selbst mundtot mache. Das wäre ein unvergleichliches testimonium paupertatis, welches mir insbesondere die Stellung im Abgeordnetenhaus täglich zum Greuel mache. Wie ist es möglich, meine Herren, daß bei Antändigungen von Maßnahmen, die lange vergeblich erstrebt sind, namentlich der größeren Spezialisierung und der rechtzeitigen Einbringung des Staats von 1863, wir uns des Dargebotenen nicht freuen sollen? Acceptirt man nicht im gewöhnlichen Vertheile mit Danbarkeit ein entgegengebrachtes Gesicht (Oh! Oh!)? Sollen wir ferner nicht, wenigstens im Allgemeinen in der so wichtigen Militärfrage, unsere Ansicht aussprechen, wenn auch in einer Weise, welche von der Auffassung der Staatsregierung abweicht? Und dann ist doch auch die deutsche Frage gewiß eine innere für uns. Es sitzen hier Herren, welche den Führern des deutschen Nationalvereins angehören, und sie wollen eine feierliche Veranlassung vorübergehen lassen, ohne dieser wichtigen politischen Frage des Landes zu gedenken? (Lebhafte Bravo rechts, Seiten links). Wir haben in unserem Adressentwurf diesmal einen stärkeren Auspruch in dieser Beziehung gebraucht; früher mußten wir unserem Gefühl zwang anhun, um das damalige liberale Ministerium zu halten; denn ein Ministerium muß mindestens von einer Partei unterstützt werden; ein Ministerium, welches von keiner Partei unterstützt wird, das ist unmöglich, denn es ist ohne Einfluß (Heiterkeit, Beifall). Gest ist dieses Hinderniß weggenommen, und so haben wir in einer sehr deutlichen, vielleicht auch dieser Seite des Hauses genügenden Weise in der deutschen Frage unsere Ansicht ausgesprochen. Vor allen ist die hessische Frage recht eigentlich eine brennende. Der Herr Referent vermisst mit Unrecht einen Nutzen unseres Urtheils. Aber die Anerkennung, daß treue Nachbarn sich nie verlassen, sind wir als eine wesentliche Unterstützung den Hellen schuldig, und ich mache mich, nach der Mittheilung eines dortigen hervorragenden Mannes, zum Bürger, daß man dort den entschiedensten Werth auf den Auspruch dieses Hauses legt. (Hört, hört!) Die Frage in Betreff des Wahlrechts von 1849 gehört zu den Details; meine und meiner Freunde Ansicht ist, daß das Gesetz von 1849 verfassungsmäßiges Recht ist.

Nachdem Redner auch für die Erwähnung der Notwendigkeit der Anerkennung Italiens und des Abschlusses des Handelsvertrages mit Frankreich gesprochen, schließt er: Wenn ich mir einen Rückblick erlauben soll auf die Adresse der Commission, so enthält diese an Stelle einer warmen Ansprache an den König eine Anklage gegen das Ministerium, an Stelle des Eingehens auf die gegenwärtigen Fragen der Politik ein mürrisches Schweigen, und an Stelle der Mülligkeit den Pessimismus. Meine Freunde haben sich erlaubt, einen andern Entwurf gegenüberzutstellen, und ich bitte diesem die Zustimmung zu geben. (Beifall rechts).

Der Präsident teilt mit, daß wegen Unwohlseins des Grafen Bernstorffs Legationsrath Hepley den Minister im Hause vertreten wird. Vicepräsident Behrend übernimmt den Vorsitz. Der folgende Redner Abg. Groote rechtfertigt den Commissions-Entwurf unter großer Unruhe des Hauses. Nachdem er von dem Vicepräsidenten Behrend mehrere Male unterbrochen, steht er mit Rücksicht auf die Ungeordnete des Hauses von der Beendigung seiner Ausführung ab und verläßt die Red-

nertribüne mit der Versicherung, daß sein offen ausgesprochener Misstrauen gegen die Regierung vielfach im Lande geheist werde.

Abg. v. Sybel. Die Angriffe des Abg. v. Vincke gegen die Adressentwürfe paßten nicht auf die seinigen. Diese hätten die wichtigen Fragen der gegenwärtigen Lage behandelt. Ähnliche Vorwürfe, wie Abg. v. Vincke sie den anderen Entwürfen gemacht, ließen sich auch dem Vinckeschen machen. So habe er (Redner) das Schwert, welches nach dem Vinckeschen Entwurf nicht eher wieder eingestellt werden solle, als bis Hessen und Deutschland sein Recht erhalten, überhaupt noch gar nicht aus der Scheide gesehen (Heiterkeit)! Das sei also auch nur so eine Art Redensart. (Redner hebt den Unterschied zwischen seinen und dem Twesenschen Entwürfe hervor.) — Die Loyalität, die sich allerdings bei uns von selbst versteht, müsse man dann ganz besonders betonen, wenn sie in Zweifel gezogen worden sei. Von wahren Rechten einer Volksvertretung könne gar nicht die Rede sein, wenn schon der bloße Wunsch einer Volksvertretung, eine nützliche Maßregel (den Hagen'schen Antrag) einige Wochen früher eingeführt zu sehen, als die Regierung für möglich hält, für einen Angriff auf die Rechte der Krone gelte. Deswegen, weil der Twesensche Entwurf ein größeres Gewicht auf die Versicherung der Loyalität lege, habe er sich nicht von demselben getrennt; in dieser Hinsicht könne man bei der jetzigen Lage eher zu wenig als zu viel sagen, und er glaube nicht, daß man über den Twesenschen Entwurf, wie ein Vorredner, denken dürfe: Qui s'excuse, s'accuse. Den Handelsvertrag hätte auch noch er in der Adresse erwähnt gesehen, weil diese Erwähnung einen bedeutenden moralischen Einfluß auf die anderen deutschen Regierungen geübt haben würde; — und so manche andere Frage. — Man habe sich darüber gewundert und es getadelt, daß man nicht offen die Entlassung der Minister gefordert habe; wie Dr. v. Vincke damals in seiner Adresse nach der Olmützer Angelegenheit. Aber das sei nicht nöthig; man habe nur thatächlich darzulegen, daß das nothwendige Vertrauen zwischen dem Hause und den Ministern nicht existire. Die wichtigste Frage sei die kurhessische; sie involviere die Deutsche, und unsere ganze auswärtige Politik sei jetzt in dieselbe verwickelet. Der Fels sei im Rollen; man habe dafür zu sorgen, daß er nicht in einer Richtung rolle, wo er unsere eigenen Interessen erreichte. Er habe selbst dem hessischen Staate angehört; er würde sich freuen, wenn er etwas von der Uverschüttlichkeit und dem guten Gewissen geerbt hätte, mit welchem das hessische Volk festhält an seinem Rechte, an welchem alle Angriffe der europäischen Reaction verschliefen. (Bravo!) Ein Vorkämpfer des hessischen Volkes, seit langer Zeit krank, aber an dessen kranken Lippen eben ein ganzes Volk hange (Friedrich Decker), habe ihm noch kürzlich auf die Frage, ob die Hessen eine Erwähnung Hessen's in der Adresse wünschten, geantwortet: „wie sollte es uns nicht freuen, wenn ein so großer starker Bruderstamm uns seine Theilnahme ausspricht; aber wenn es nicht geschiehe, so würde es uns nicht in unserm Innern röhren, denn in zehn Jahren haben wir gelernt, von keiner äußern Einwirkung etwas zu hoffen; wir wissen, daß wir nur durch uns selbst siegen können.“ — Vom Bundestag wolle man gar keine Intervention in inneren Angelegenheiten, weder hier noch dort. Wohl aber sei das Wort unserer Regierung verpfändet und nicht eingelöst.

Die preußische Landesvertretung habe also die unerschütterliche Pflicht, ihre Meinung grade in dieser Angelegenheit auszusprechen, damit man ihr nicht den Vorwurf machen könne, sie habe zu Gericht gesessen und keinen Ausspruch gethan. Das lebendige Mitgefühl mit fremden Leiden sei trotz allen innern Vorgänge nicht aus dem Herzen des preußischen Volkes gewiesen. Davor gebe sein Brief Beugniß, den er kürzlich von einem Mann aus dem Volke erhalten. Darin heisse es: „wenn doch endlich dem armen Hessenvolke geholfen wäre“, welches zu schwach und zu brav ist, um sich selbst zu zu helfen. Wäre ich König, so würde ich diesem braven und schwachen Volke helfen, so wahr mir Gott helfe, und niemals würde ich einen besseren Schlaf thun, als an dem Tage nach dieser That“. (Tiefer Eindruck; Beifall)

Es ist 3½ Uhr; Vice-Präsident Behrend vertagt die Debatte bis morgen 10 Uhr.

Deutschland.

* Berlin, 4. Juni. Die feudale Correspondenz nennt als zukünftigen Ministerpräsidenten den Minister des Königl. Hanes Frhrn. v. Schleinitz (?).

Se. Majestät der König beabsichtigt, wie verlautet, Ende der Woche nach Baden-Baden zu reisen und daselbst einige Tage in der Nähe seiner erlauchten Gemahlin zu verweilen.

Der Königliche Gesandte in Paris v. Bismarck-Schönhausen wird, wie es heißt, schon in kurzer Zeit hier zurück erwarten.

Auf Veranlassung des Königlichen Handels-Ministeriums sind den preußischen Handels-Kammern nunmehr Vorschläge über die Einführung eines einheitlichen Maßes und Gewichtes für ganz Deutschland zur Begutachtung zugegangen.

Die „Ostsee-Zeitung“ schreibt: „Über die Misshandlung des Rentmeisters Lorenz in Cörlin durch den Artillerie-Hauptmann Ræhne erhalten wir neuerdings einen Bericht, in welchem die ursprüngliche Mittheilung der Colberger Zeitung gegen eine angebliche Berichtigung Seitens der Zeitung des Regierungsbezirks Cöslin in allen wesentlichen Punkten als vollständig richtig aufrecht erhalten wird. Auf die Einzelheiten näher einzugehen halten wir für überflüssig, da dieselben sich doch nur durch die gerichtliche Unterjuchung genau werden feststellen lassen. Wie man in Cörlin selbst über den Vorfall denkt, geht daraus hervor, daß die dortige Schützengilde den Rentmeister Lorenz als Ehren-Mitglied aufgenommen, dagegen den Maurermeister Dallmann ausgeschlossen hat.“

Danzig, den 4. Juni.

* Die preußische Brigg Hela ist am 1. Juni in Spithead angelkommen. Sie hatte Lissabon am 14. und Vigo am 23. Mai verlassen.

Handels-Zeitung.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 4. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, ab Auswärts flau. Roggen loco flau, ab Königsberg Juni 77 bezahlt und zu haben. Del loco 27½,

October 26%. Kaffee gute Stimmung, 1500 Sack umgesetzt. Bink still.

Amsterdam, 4. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen 5 ℥ niedriger. Roggen loco ungedörter 3 ℥, Termine 4 ℥ höher. Naps November 75½. Rübbel Herbst 43%.

London, 4. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreidemarkt, wegen des heute stattfindenden Derbyrennens, geschäftlos. Schönes Wetter.

London, 4. Juni. Consols 92%. 1% Spanier 44. Mexikaner 31%. Sardinier 81%. 5% Russen 96. 4½% Russen 91.

Liverpool, 4. Juni. Baumwolle: 10,000 Bassen Umsatz. Preise steigend.

Paris, 4. Juni. 3% Rente 70, 45. 4½% Rente 97, 00. 3% Spanier —. 1% Spanier 49%. Österreich. St.-Eisenbahn-Akt. 517. Öester. Credit-Aktien —. Credit mob. — Akt. 830. Lomb.-Esbn.-Akt. 613.

Berlin, den 5. Juni 1862. Aufgegeben 2 Uhr 47 Min. Angelkommen in Danzig 3 Uhr 54 Min.

	Lezt. Ers.	Lezt. Ers.
Roggen besser,		
loco	50%	fehlt
Mai-Juni	50%	50
Sept.-Octbr. . . .	48½	4½
Spiritu Mai-Juni 18	17½	17½
Rübbel Mai-Juni 13½	13½	13
Staatszulosemeine 89½	90	Nationale
4½% do. zintheit 101½	101½	101½
5% öst. Pr.-Akt. 107½	107½	Bechelse. London 6.21½
		6.21½

Produktenmarkte.

Danzig, den 5. Juni. Bahnpreise. Weizen hellbunt, kein und hochpunkt 125/27—128/29—130/31 — 132 34% nach Qualität 82½/85 — 86, 87 — 87½/89 — 90, 95 ℥; bunt und dunkel 120 122—123/25 27% nach Qualität 67½/70—72½/75—77½/80 ℥.

Roggen nach Qualität 58, 57—56, 54 ℥ 70 125 %.

Erbgen, Futter- und Koch 50 52½—55, 56 ℥.

Gerste kleine 103/105—110, 11% von 34, 36—38, 40 ℥.

do. große 108, 10—112, 14 von 37, 38—41, 42 ℥.

Hafer 29, 30—32, 33 ℥.

Spiritus ohne Befuhr.

Getreide-Börse. Wetter sehr schön. Wind: NW.

Für Weizen zeigten sich bei guter Auswahl Verkäufer heute etwas entgegenkommend, und sind 225 Lasten umgegangen, doch haben Käufer nur in wenigen Fällen lezte Preise bewilligt; man zeigte sich geneigt auch 5% Last weniger zu nehmen.

Bezahlt ist für 123% blauspätig 420, 129/30% bunt 515, 129/30% hellfarbig 525 70 84% 8 Lth., 132 3% dunkelbunt 530, 134% desgl. 541%, 134% hochbunt 560, 565, 134% kein hochbunt 570.

Roggen fest, 117% 318, 123% 339, 80% 2 Lth. 340% öst. Connoisement, 125% 342%, 348, alles 70%.

Grüne Erbsen 330, weiße Erbsen 340.

Spiritus ohne Befuhr.

Stettin, den 4. Juni. Wetter: stürmisich, bewölkt. Wind: NW. Temperatur + 18° R.

Weizen wenig verändert, loco 70 85% gelber Schles. 72—75% bez. Galiz. 69—71½% bez. eine Ladung gelber Schles. 84% 28 Lth. vor Conn. 75% bez. eine Ladung do. 83% 12 Lth. vor Conn. 73½% bez. 83 85% gelber Juni-Juli 75, 74%, ½% bez. Juli-August 75%, ¼% bez. Aug.-Septbr. 74%, ½% bez. Septbr.-Octbr. 73%, 74, 7½% bez.

Roggen matt, loco 77% 47½—48½% bez. 77% Juni 47½, ½% bez. u. Gd., Juni-Juli 46%, 46% bez., Juli-August 45%, 45% bez. Septbr.-Octbr. 46%, ¾% bez. u. Gd., Oct.-Novbr. 46%, 46% bez. — Gerste, loco 70% 25½—36% bez. — Hafer loco 70 50% schwerer 25½—27% bez. leichter 46 70 28, 28½% bez. 45, 6% 28½% bez. — Erbsen ohne Handel.

Rübbel fest und höher gehalten, loco 13½% bez. B., Juni 13½% bez. u. G., Juli-August 13½% bez. B., 13½% G., Sept.-Oct. 13½% bez. Br., ¼% G.

Spiritus loco behauptet, Termine matter, loco ohne Fass 17% bez. G., Juni-Juli 17, 16% bez. Juli-August 17% bez. u. Br., August-Septbr. 17% bez. G., Sept.-Oct. 17% bez., 17% G. u. B.

Leinöl loco mit Fass 13½% bez. Juni 13½% bez. B., Sept.-Oct. 13½% bez. Br.

Berlin, 4. Juni. Wind: Ost. Barometer: 281. Thermometer: frisch 8°+. Witterung: leicht bewölkt.

Weizen 70 25 Scheffel loco 63—76% — Roggen 70 200% loco 48½—51% bez. Mai-Juni 49%, 50% bez. B. u. G., Juni-Juli 48½, ½% bez. u. G., 49% bez. B., Juli-August 47%, 48% bez. B. u. G., August-Septbr. 47%, 47% bez. Septbr.-Octbr. 47%, 48% bez. u. B., 47%, 48% bez. October-November 46%, 47% bez. — Gerste 70 25 Scheffel große 33—37% — Hafer loco 23—26% bez. 1200% 25% bez. Mai-Juni 24%, ½%, ½% bez. do. Juni-Juli 24%, ½%, ½% bez. do. Juli-Aug. 24%, ½%, ½% bez. Septbr.-Octbr. 24%, ½% bez.

Rübbel 70 100 Pfund ohne Fass loco 13½% bez. B., Mai-Juni 13% bez. u. B., 12% G., Juni-Juli 13% bez. u. B., 12% G., Juli-August 13% bez. u. G., ¼% B., August-September 13½% bez. B., September-October 13½% bez. B., ¼% G., October-November 13½% bez.

Spiritus 70 800% loco ohne Fass 17% bez. Mai-Juni u. Juni-Juli 17½%, ½%, ½% bez. B. u. G., do. Juli-Aug. 18, 17½%, 18% bez. B. u. G., Aug.-Septbr. 18½%, ½% bez. u. G., ½% B., Septbr.-Octbr. 18½%, ½% bez. u. G., ½% B., Oct.-Nov. 17½% bez.

Wehl. Wir notiren für Weizenmehl Nr. 0. 4%—5%, 0. u. 1. 4½—4% bez., Roggenmehl Nr. 0. 3%—4%, 0 u. 1. 3½—3% bez.

London, 2. Juni. (King'sford u. Lay.) Die Befuhren von fremdem Weizen betrugen in vergangener Woche 35, 121 Tsch., davon kamen 1030 von Alexandria, 700 von Anklam, 15, 713 von Danzig, 300 von Ost-Indien, 1006 von Hamburg, 6780 von Königsberg, 748 von New-York, 640 von Papenburg, 1300 von Billau, 1543 von Stettin, 785 von Stralsund, 1200 von Triest, 100 von Uddewalla, 2341 von Bismarck, 525 von Wolgast, und 410 von der Küste. Von fremdem Wehl erhielten wir 100 Fässer von Dünkirchen, 128 von Hamburg und 4577 von New-York, und 190 Säcke von Hamburg.

Das Wetter war seit Freitag bei ND. und SW. Wind schön. — Die Befuhren von englischem Weizen waren wieder gering, und wurden dieselben zu ungefähr denselben Preisen wie heut vor acht Tagen begeben. Der Markt war ziemlich gut befacht und, da ein großer Theil der reichen fremden Befuhren direct an die Müller ging, blieb die Nachfrage am Markt gering, doch wurden in den zu Stande gekommenen Geschäften dieselben Preise wie Freitag erreicht, etwa 1s mehr als in den niedrigen Verkäufen des letzten Montags. — Alle Sorten Sommer-Getreide waren nur langsam zu verkaufen; Gerste und Hafer stellten sich 1s pr. Dr. billiger. — Für Mehl zeigte sich weniger Nachfrage bei unveränderten Preisen.

Weizen, englischer alter 50—60, neuer 52—60. Danziger, Königsberger, Elbinger pr. 496% alter 48—55, neuer 50—54, do. extra alter 56—60, neuer 55—58. Rostocker und Wolgaster alter 48—62, neuer 48—54, Pommerscher, Stettiner, Hamburger und Belgischer neuer 50—54, Petersburger und Schwarzes Meer alter 40—52.

Schiffsliste.

Newfahrwasser, 4. Juni. Wind: Nord Nord-Ost. Angelkommen. L. J. van Peer, Harmonie, Norrköping, Ballast.

Gesegelt. J. Moodie, Kergord, Dublin, Getreide. — E. Mielordt, London, Antwerpen, Holz.

Den 5. Juni. Wind: West. L. Mehring, Humboldt, S.D. Hull, Getreide. — J. Pieper, Sophie, Elsfleth, Holz.

Angelkommen. H. J. Olsen, Proeven, Stavanger, Herringe. — J. Fowler, Stratbysla, Leith, Kohlen. — R. Bendixen, Elisabeth, Malmoe, Ballast. — J. Keane, Harriet Wilda, Liverpool, Salz. — H. Wohlenberg, Aurora, Hamburg, Ballast. — J. Tassfeldt, Catharina, Hamburg, Ball. — Rosenwoldt, Skirner, Stavanger, Ballast.

Antommend. 1 Bark, 1 Brigg, 4 Schooner, 1 Bogger, 3 Schiffe.

Thorn, 4. Juni. Wasserstand: 2' 6".

Strom auf:

Von Danzig nach Warschau: B. Korte, B. Töplitz, Eisenwaren. — A. Anaczowski, F. Böhm u. Nehz, Heringe.

— G. Wassermann und L. Porsch, A. Krahn, Kohlen, — C. Schulz, J. Lau, Runkel, Ackermann, C. Tiebig, G. Ritzelmann, H. Krüger, Lindener und Fr. Huze, A. Wolffheim, B. Töplitz und K. Weese, Kohlen. — Wade, Varanowski und Hinz, Schilla u. Co., Rothenberg. — J. Ost, F. Baschin, 3 Gebr. Sommer, Schulz, C. Riemer, Fr. Lehmann, Chr. Billmann, A. Werner, C. Sielecki, L. Wegner, H. Piaskowski, Wm. Lange, A. Müller und J. Wenerski, B. Töplitz, Schienen. — H. Krai, Rosenstein und F. Böhm, Soda, Heringe. — G. Voigt, Diverse, Alz, Harz. — Fr. Voigt, Diverse, Gut. — W. Grätzmacher, Diverse, Gut. — J. Grohmann, Diverse, Gut. — Kusocinski, R. Malzahn, Kohlen. — W. Klante, Bickermann, Ueng und S. Hirschert, B. Töplitz, Schienen, Heringe.

Von Stettin nach Warsch

Berliner Börse vom 4. Juni 1862.

Eisenbahn-Aktionen.	Prioritäts-Obligationen.	Prioritäts-Obligationen.	Preußische Fonds.	Ausländische Fonds.
Dividende pro 1860.	31.	31.	4½ 102½ G	Kurf. 40 Thlr. — 57½ et b3
Aachen-Düsseldorf	— 3½ 87 B	Aachen-Düsseldorf 4 —	do. do. 3½ 89½ G	N. Badens. 35 Fl. — 31 G
Aachen-Maastricht	— 4 34½ — b3	do. II. Emis. 4 91½ G	Börsen-Anl. 5 104½ B	Desauer Pr. A. 3½ 103½ et b3
Amsterdam-Roterd.	51/10 4 39½ B	do. III. Emis. 4 99½ G	Kur. u. R. Pfdsbr. 3½ 92½ b3	Schwed. 10 Thl. L. 10 B
Bergisch-Märk. A.	— 4 110½ b3	Aachen-Maastricht 5 73 b3	do. neue 4 101 G	
B.	— 4	Oberschl. A.	87½ G	Wechsel-Cours vom 3. Juni.
Berlin-Anhalt	8½ 4 142½ b3	do. B.	88½ b3	Amsterdam kurz 3½ 143½ G
Berlin-Hamburg	6 4 117½ B	do. C.	98½ B	do. 2 Mon. 3½ 142½ b3
Berlin-Potsd.-Mgd.	— 4 193½ b3	do. D.	95½ G	Hamburg kurz 4 151½ b3
Berlin-Stettin	— 4 128½ b3	do. E.	84½ b3	London 3 Mon. 2½ 6 21½ b3
Bresl.-Schw.-Freib.	6½ 4 126 b3	do. F.	100½ G	Paris 2 Mon. 4½ 80½ b3
Brieg-Reiße	3½ 4 74½ b3	Desterr.-Franz.	269½ b3 u B	Wien Dester. W. 8 L. 5½ 77½ b3
Cöln-Minden	— 3½ 180 b3	Pr.-Wils.	I. 5	do. 2 Mon. 4 99½ G
Cösel-Oderb. (Wils.)	— 4 59½ — 62 b3	do. do.	5	Augsburg 2 Mon. 3 56 24 b3
do. Stamm-Pr.	4½ 4 93 B	do. do.	5	Leipzig 8 Tage 4 99½ G
do.	5 5 93½ b3	Rheinische	92½ G	do. 2 Mon. 4 99½ G
Pudwigsh.-Verbach	8 4 135 G	do. v. St. gar.	3½ —	Frankfurt a. M. 2 M. 3½ 56 26 b3
Magdeb.-Halberstadt	22½ 4 294 B	do.	99 B	Petersburg 3 Woch. 6 96½ b3
Magdeburg-Leipzig	— 4 235 G	do. do.	100 G	do. 3 Mon. 6 96 b3
Magdeb.-Wittenb.	— 4 43½ b3	Rubr. Tref. R. G.	4	Warschau 8 Tage 5 87½ b3
Mainz-Ludwigshafen	— 4 125½ b3	do. do.	41½ G	Bremen 8 Tage 3½ 109½ b3
Mecklenburger	2½ 4 57½ b3	Stargard.-Posen	4	
Münster-Hammer	— 4 97½ G	do. do.	4½ 99½ B	
Niederschl.-Märk.	— 4 98 b3	Stildöster.	3 262½ G	
Niederschl.-Zweigbahn	— 4 72½ b3	Thüringer	4½ —	
Nordb.-Friedr.-Wils.	5 4 63½ — 53½ b3	do. do.	III. 4½ 99½ B	
Oberschl.-Litt. A. n. C.	— 4 154½ — 53½ b3	do. do.	III. 4½ 99½ B	
Litt. B.	7½ 4 133 b3	do. do.	II. 4½ 99½ B	
Dester.-Fr. Staatsb.	7½ 4 135½ — 53½ b3	do. do.	4½ 99½ B	
Doppel-Tarnowk.	— 5 48 b3	do. do.	IV. 4½ 101½ G	
P. W. (Steele-Böhm.)	— 4 57 b3	do. do.	IV. 4½ 101½ G	
Rheinische	— 4 94½ b3	do. do.	do. do.	
do. St. Prior.	— 4 101 B	Freiwillige Anl.	4 101½ G	
Rein-Nahebahn	— 4 32½ — 32½ b3	Staatsanl. 1859	5 107½ b3	
Nor.-Tref.-R. Gladb.	3½ 4 93 b3	Staatsanl. 50/52	100 B	
Russ. Eisenbahnen	— 5 108½ b3	do. do.	54, 55, 57 4½ 101½ b3	
Stargard.-Posen	4 4 100 b3	do. do.	do. 1859 4½ 101½ b3	
Desterr. Südbahn	— 5 149 — 48½ — 49 b3	do. do.	do. 1856 4½ 101½ b3	
Thüringer	6½ 5 118½ G	do. do.	do. 1853 4½ 99½ b3	
		do. do.	do. L. 300 Fl. 5 94½ G	
		do. do.	do. L. 200 Fl. 5 23½ G	
		do. do.	Staats-Schuldt. 3½ 90 b3	
		do. do.	Pfdsbr. n. in S. R. 4 87½ b3 u B	
		do. do.	Part.-Obl. 500 Fl. 4 93½ B	
		do. do.	Hamb. St. Pr. A. — 102½ G	
		do. do.		

Die Verlobung unserer Tochter Marie mit dem Ingenieur Herrn Gustav Kamm beehren wir uns Freunden und Bekannten ergeben zu anzeigen.

Dirschau, den 1. Juni 1862.
[3904] von Szymonowits und Frau.

Bekanntmachung.

In Berichtigung der Bekanntmachung vom 27. v. Mts., betreffend die Handelsgesellschaft Kreysig & Eisenhardt (Danziger Zeitung No. 1327) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß diese Gesellschaft nicht unter No. 56, sondern unter No. 54 in unser Handels- (Gesellschafts-) Register eingetragen ist.

Danzig, den 2. Juni 1862.

Rgl. Commerz- und Admiralitäts-Collegium.
v. Grodded. [3891]

Bekanntmachung.

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 8. Mai cr. wird bekannt gemacht, daß die Wahl zur Besetzung der am 22. März 1863 vacant werden den Oberbürgermeisterstelle der Stadt Danzig im Anfang des Monats September 1862 stattfinden soll.

Das Gehalt ist auf 4000 R. normirt und erfolgt die Wahl auf 12 Jahre.

Meldungen zu dieser Stelle nimmt bis 1. August cr. in Empfang der unterzeichnete Vorsteher der Stadt-Verordneten-Versammlung.

Danzig, den 28. Mai 1862.

Der Stadtverordneten-Vorsteher

Justizrat Walter. [3724]

Von unseren asphaltirten Dachpappen, sowohl in Tafeln als in Längen, hält Herr Bud. Malzahn in Danzig, Langenmarkt 22, stets Lager und ist derselbe ermächtigt, zu unseren Fabrikpreisen dieselben dort abzugeben. Auf Verlangen wird durch geübte Leute das Eindecken der Dächer billig unter Garantie besorgt.

Albert Damcke & Co.
in Berlin und Moabit.
[3924]

Forte piano's, Flügel, Pianino und Tafel-form empfiehlt in großer Auswahl, sowohl mit deutschem als englischem Mechanismus, bei mehrjähriger Garantie, Eugen A. Wiszniewski, Langgasse No. 35. [2958]

Zu Folge der Einführung des neuen Handelsgesetzes, bin ich genötigt, die am bisherigen Platze schon 20 Jahre bestehende Firma Gebr. Schmidt, von welcher ich s. i. November 1847 alleiniger Inhaber bin, zu ändern und dieselbe auf meinen Namen:

fr. Carl Schmidt

fertzuführen. Das mir bisher geschenkte Wohlwollen und Vertrauen bitte ich auch in meiner neuen Firma zu bewahren.

Danzig, den 2. Juni 1862.

fr. Carl Schmidt,
Langgasse 38. [3853]

Ich empfinde so eben noch eine neue Sendung der neuesten Hamburger Spazierstäde und empfehle dieselben zu den allerbilligsten Preisen. [3758] G. Gepp, Kunstdrechsler, Jopengasse 51.

Bekanntmachung.
Zu Folge Verfügung vom 2. Juni 1862 ist an 3. ejd. m. in unser Handels- (Firmen-) Register eingetragen:

Laufende Nro.	Bezeichnung des Firmen-Inhabers.	Ort der Niederlassung.	Bezeichnung der Firma.
394	Kaufmann Moses Scholle zu Danzig	Danzig	M. Scholle.
395	Kaufmann Heinrich Hermann Zimmermann zu Danzig (Vorstadt Langeführ)	Danzig (Vorstadt Langeführ)	H. H. Zimmermann.
396	Fabrikant Johann August Kosch zu Danzig	Danzig	A. Kosch.

Danzig, den 3. Juni 1862.
Königliches Commerz- und Admiralitäts-Collegium.
v. Grodded. [3892]

Victoria-Theater zu Danzig, Neugarten No. 6.

Sonntag, den 8. Juni. Abonnement suspendu. Fest-Ouverture von C. M. v. Weber. Prolog, gedichtet von R. Dentler. Hierauf: Franken Kampf, Lustspiel in 3 Acten nach Scribe von Olfers. Hierauf: Tanz. Zum Schlus: Ein gebildeter Hansknecht, Posse mit Gesang in 1 Act von Kalisch.

Montag, den 9. Juni. Sperling und Sperber. Schwank in 1 Act von Görner. Hierauf: Englisch, Lustspiel in 1 Aufzuge von Görner. Zum Schlus: Guten Morgen Herr Fischer, Vaudeville-Burleske in einem Acte von Friedrich. Musik von Ed. Stiegmann.

Preise der Plätze an der Tagesstätte.

Ein Platz der Prosceniumlogen	15 R.
im ersten Rang	10 =
Sperlings	10 =
Siebeparquet	10 =
Parterre	6 =

Abonnements-Bedingungen.

Ein numerirter Sperrtag für 20 Vorstellungen	5 R.
Platz im I. Rang für 20 Vorstellungen	2 = 15 R.
Stehplatz im Parquet für	2 = 10 =
Platz im Parterre	2 = 10 =
	3 = 10 =
	1 = 20 =

Die Abonnementslisten liegen täglich von 9—12 Uhr Vormittags und 3—5 Uhr Nachmittags in dem Theater-Bureau, Neugarten No. 6, aus; ebenso werden daselbst die Tagesbillets verabsolgt. Das Theaterbillett berechtigt zum freien Eintritt in das Concert, während ein Billet, nur für das Concert gültig, 2½ R. kostet.

Anfang der Concerte von 5½—6½ Uhr und nach der Theatervorstellung von 9½—10½ Uhr.

J. Radike.

Für Herren und Knaben empfiehlt das größte Lager Panama- und Strohhüte aller Art die Strohhutfabrik von Aug. Hoffmann, Heil. Geistgasse 26, neb. d. Apotheke. NB. Reparaturen u. Wäsche von Strohhüten werden von jetzt ab in kurzer Zeit besorgt.

Röpergasse 21, eine Treppe hoch, befinden sich 700 Sic. Uhren, die im Laufe dieser Woche zu den billigsten Preisen ausverkauft werden sollen. Wanduhren mit Messingtellen 1 R., mit Wecker 1 R. 4 S., Rahmuhren 2 R. 26 S., Rahmuhren durch Federkraft gehend 3 R. 26 S., bis 5 R. 20 S. Sämtliche Uhren sind abgezogen und gut gehend mit 2-jähriger Garantie. Alte Uhren werden in Tausch angenommen.

Schuster, aus dem Schwarzwald. Eine Partie alte Taschenuhren soll ganz billig abgegeben werden.

[3845]

Fünf Brosowski'sche Torf-Stechmaschinen sind unter dem Fabrikpreise zu verkaufen bei

Gustav Schmidt in Elbing.

Glebe und blonde Lupinen sind zu verkaufen Kohlemarkt No. 28.

Frische Lein- und Rübkuchen vorzüglicher Qualität werden empfohlen Hundegasse 92 im Comptoir.

[3851]

Gut und blane Lupinen sind zu verkaufen Kohlemarkt No. 28.

[3851]

Gut und blane Lupinen sind zu verkaufen Kohlemarkt No. 28.

[3851]

Gut und blane Lupinen sind zu verkaufen Kohlemarkt No. 28.

[3851]

Gut und blane Lupinen sind zu verkaufen Kohlemarkt No. 28.

[3851]

Gut und blane Lupinen sind zu verkaufen Kohlemarkt No. 28.

[3851]